

AGENDA-21-Kino am 17.6.2008: Einführung „Eggesin möglicherweise“

(Martin Hirte)

Eggesin ist eine Kleinstadt im äußersten Nordosten der Bundesrepublik – es sind nur wenige Kilometer zur polnischen Grenze und zur Ostsee. Der Name der Stadt ist slawischen Ursprungs. Früher lebten die Bewohner Eggesins von der Landwirtschaft, vom Fischen und von der Ziegelherstellung.

Während des Dritten Reiches wurden in der Gegend Rüstungsbetriebe angesiedelt, nach dem Krieg wurde Eggesin Garnisonsstadt der Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee der DDR. Es entstanden riesige Truppenübungsplätze für ein Heerlager von 30 000 Soldaten. Wer in Eggesin wohnte, lebte auch von der Armee. Die gesamte Infrastruktur – ob Hotels, Post oder Schulen – war durch die Anwesenheit der Armee bestimmt.

Nach der Wende wurde der 80 Quadratkilometer große Truppenübungsplatz zunächst von der Bundeswehr benutzt. Mehr als 400 Millionen DM wurden in die Sanierung der Infrastruktureinrichtungen gesteckt. Für die Kinder der Bundeswehrangehörigen wurden Betreuungseinrichtungen und eine Schule gebaut, außerdem errichtete die Kommune auf Pump ein Jugendzentrum und ein Sportzentrum.

Dann kam der Paukenschlag: Im Jahr 2001 wurde im Zuge der Bundeswehrreform beschlossen, den Standort Eggesin aufzugeben. Bis 2005 verließen 1800 Bundeswehrangehörige den Ort, 250 Arbeitsplätze für Zivilangestellte und 17 Ausbildungsplätze gingen verloren. Damit war das wirtschaftliche Rückgrat der Stadt gebrochen. Die Arbeitslosigkeit stieg auf über 50 Prozent. Eggesin bekam im Volksmund die Beinamen „Waldmeer, Sandmeer, Nichtsmehr“.

Die Stadt wandelt sich seitdem wieder zum Dorf: Zwischen 1990 und 2005 ging die Einwohnerzahl Eggesins von 9000 auf 5500 zurück. Zuletzt standen 1500 Wohnungen leer, ganze Häuser- und Straßenzeilen mussten in den letzten Jahren zurückgebaut oder abgerissen werden.

Kurz vor der Schließung des Bundeswehrstandorts kamen zwei Filmemacher nach Eggesin: Olaf Winkler und Dirk Heth. Beide sind in der ehemaligen DDR aufgewachsen und lernten sich in den Jahren nach der Wende in Babelsberg kennen, wo Olaf Winkler sein Diplom als Dramaturg ablegte und Dirk Heth eine Ausbildung als Kameramann machte.

In Eggesin wollten die beiden ursprünglich eine Reportage für den Norddeutschen Rundfunk über Soldaten machen, die für den Einsatz im Kosovo abkommandiert wurden. Als die Hiobsbotschaft von der Abwicklung des Bundeswehrstandorts in die Dreharbeiten platzte, disponierten sie um. Die Reportage bekam nun den Titel „Eggesin – Ende einer Garnisonsstadt“. Aus dem Material für diesen Fernsehfilm entstand später der Dokumentarfilm, den wir heute sehen: „Eggesin möglicherweise“.

Schon im Titel deuten die Filmemacher an, dass sie sich nicht auf das Negative der Situation beschränken, sondern Hoffnung, Zukunft, neue Möglichkeiten mit einbeziehen. Sie zeigen Menschen, die die noch vorhandenen Chancen nutzen und das Beste aus ihrer Situation machen wollen. Sie zeigen das, was noch intakt ist: Den Kinderzirkus, den Spielmannszug, den Seniorenclub. Olaf Winkler sagte in einem Interview: „Es war die ästhetische Falle, einen Film über Tristesse und jammernde Menschen zu drehen. Um ihr zu entgehen, muss man sich selbst zum Thema ins Verhältnis setzen“.

Dazu bedienten sich Olaf Winkler und Dirk Heth einer Herangehensweise, die sie „essayistisch“ nennen. Das heißt, sie betrachten ihren Gegenstand, ihr Thema zunächst aus verschiedenen Perspektiven und entwickeln erst im Verlauf des Films allmählich ihre Gedanken und Deutungen dazu. Ihr ordnendes Stilmittel sind die sechs fiktiven Briefe, die der Kameramann während der Tage schreibt, in denen er die Stadt erkundet. Im zweiten Brief schreibt er beispielsweise: „Alles beginnt mich zu interessieren. Was für den Ort verloren oder ein Unglück ist, muss eben noch lange nicht für den Einzelnen gelten“.

Wir erleben also Menschen, die für sich neue Lebenskonzepte entwickeln und eine Aufbruchstimmung im Kleinen schaffen, die im großen gesellschaftlichen Kontext nicht wahrzunehmen ist. In einer Filmkritik war zu lesen: „Tatsächlich könnte der Film auch heißen: Eigensinn möglicherweise“.

Im Dezember 2007 veröffentlichten 31 Kirchen, kirchliche Werke und Organisationen zusammen mit der Frankfurter Rundschau und der Zeitschrift Publik Forum den dritten Band des „Jahrbuchs Gerechtigkeit“. Er trägt den Untertitel: „Zerrissenes Land - Perspektiven der deutschen Einheit“. Das Buch wurde an Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse übergeben, der mit seinen Thesen zum »Osten auf der Kippe« eine breite öffentliche Diskussion entfacht hatte.

Im dem Jahrbuch wird unter anderem festgestellt, dass trotz aller bisherigen Bemühungen der Riss zwischen West- und Ostdeutschland tiefer geworden ist. Die Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer ist nach wie vor deutlich geringer als im Westen und wird es auch in absehbarer Zeit bleiben - die Wiederholung des Wirtschaftswunders in Ostdeutschland ist gescheitert.

Die Herausgeber des „Jahrbuchs Gerechtigkeit“ sehen die Ursache in einer doppelten Umbruchssituation: Zunächst im schroffen Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur kapitalistischen Marktwirtschaft, und dann in der Krise des kapitalistischen Systems, das noch bis in die Jahre vor dem Mauerfall geprägt war von starkem Wirtschaftswachstum, annähernder Vollbeschäftigung, stabilen sozialen Sicherungssystemen und relativer Preisstabilität. Die Krise kam in den 80er Jahren mit den stark ansteigenden Ölpreisen und den Liberalisierungen und Deregulierungen der internationalen Märkte: Der Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärfte sich, die Arbeitslosigkeit stieg und die öffentlichen Haushalte verschuldeten sich zunehmend.

Mitten in diese ungünstige Zeit fiel die Wiedervereinigung Deutschlands. Die schwache Wirtschaft der östlichen Bundesländer wurde innerhalb weniger Jahre rücksichtslos nach den Bedürfnissen des Westens umgestaltet. 87 Prozent des Unternehmensbestandes wurde an westdeutsche Investoren verkauft – der Aufbau Ost war das größte Bereicherungsprogramm für Westdeutsche, das es je gegeben hat.

Die Privatisierungen brachten massenhafte Schließungen und einen dramatischen Verlust an Arbeitsplätzen mit sich. Zwei Drittel der Industrie und 75 Prozent des industriellen Forschungs- und Entwicklungspotentials gingen verloren.

Auch heute noch sind 70 Prozent der Wirtschaftsleistung im Osten in westdeutscher Hand und werden mehr oder weniger von dort aus verwaltet. In den traditionell starken ostdeutschen Agrargebieten sind zahlreiche Großbetriebe entstanden, die in westdeutschem Besitz sind und strukturell mit den umliegenden Dörfern nichts mehr gemein haben.

Die Arbeitslosigkeit in den östlichen Bundesländern ist inzwischen doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Das Durchschnittseinkommen liegt bei 77 Prozent des Einkommens im Westen, bei einem überdurchschnittlich steigenden Preisniveau im Osten. Die Geld- und Immobilienvermögen im Osten sind deutlich geringer als im Westen: In Bayern ist das Vermögen privater Haushalte etwa dreimal so groß wie das in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Abwanderung gerade besonders der jungen Familien und der gut ausgebildeten jungen Männer und Frauen in den Westen ist eine bekannte Folge der fehlenden Lebensperspektive. Sie führt – vergleichbar mit dem „Brain Drain“ aus Ländern der Dritten Welt - zur Stärkung der Zielregionen im Westen und zur weiteren Schwächung des Ostens.

Seit der Wende haben die neuen Bundesländer durch die Abwanderung von 2 Millionen Menschen und den Geburtenrückgang massiv an Bevölkerung verloren. Bis 2020 wird der Rückgang noch mal 10 – 20 Prozent ausmachen. Der Anteil der über 75jährigen steigt überproportional. Etwa 200 000 leer stehende Wohnhäuser wurden in den letzten Jahren abgerissen.

Fast überall in den neuen Bundesländern haben sich die Grundschülerzahlen gegenüber der Wendezeit halbiert, viele Kindergärten und nahezu 2000 Schulen wurden bereits geschlossen. In Orten ohne Schule gibt es keinen Familienzuzug, und die Betriebe finden keine qualifizierten Nachwuchskräfte. Es wird nicht mehr investiert, die Banken vergeben kaum noch Kredite. Hunderte von Landarztpraxen stehen leer. Jeder dritte Landarzt wird in den kommenden fünf Jahren in Rente gehen.

Verglichen mit dem Westen sind auch die Kommunen im Osten finanziell schlecht ausgestattet. Geldknappheit und Abwanderung führen dazu, dass immer mehr Gemeinden ihre Bürgervertretungen verkleinern oder sogar ihre Rathäuser schließen. In Brandenburg ist die Zahl der selbständigen Gemeinden seit der Wende von fast 2000 auf 727 geschwunden. Die Parteien, die Vereine oder die Feuerwehren finden kaum noch Ehrenamtliche, die sich engagieren.

In vielen Orten sucht man vergeblich nach Gasthäusern oder Geschäften. In Brandenburg müssen die Leute bis zu 30 Kilometer fahren, um den nächsten Laden oder das nächste Lokal zu besuchen. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind bis zum Verschwinden ausgedünnt. Briefkästen werden abgeschraubt, die meisten Postämter wurden geschlossen, und inzwischen werden auch die Postagenturen dichtgemacht.

Zu den Mythen der Wiedervereinigung gehören die Transferzahlungen aus dem Westen. Im SPIEGEL war beispielsweise zu lesen, dass der „Aufbau Ost“ zum „Abstieg West“ führt, denn der Westen müsse die Milliardentransfers, die „Richtung Osten gepumpt werden, um dort weitgehend wirkungslos zu verglühen (...), aus der eigenen Substanz begleichen“. So werde das Versorgungsversprechen der DDR fortgesetzt, während die Gesamtpublik von ihrer Substanz zehre.

In Wahrheit jedoch ist der so genannte „Solidaritätszuschlag“, der dem Bund jährlich 12 Milliarden Euro einbringt, keine Sonderabgabe zum „Aufbau Ost“, sondern eine nicht zweckgebundene Steuer, die im gesamten Bundesgebiet erhoben wird. Sie kann beispielsweise ebenso für die Finanzierung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan verwendet werden.

Die tatsächlichen Transferzahlungen in den Osten – etwa über den Länderfinanzausgleich oder die Sonderleistungen für die neuen Bundesländer – sind deutlich geringer und machten bis 2005 lediglich 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Die Gelder lösen keinen Innovationsschub aus und haben keine nachhaltigen Wirkungen auf die Wirtschaftsstruktur. Der überwiegende Teil der Transferleistungen wird im Konsumbereich ausgegeben, nur ein kleiner Teil für Investitionen. Der Osten bleibt so in erster Linie ein Absatzmarkt für westdeutsche Produkte, die Transferzahlungen erweisen sich als Förderprogramm für die westdeutsche Wirtschaft.

Die Herausgeber des „Jahrbuchs Gerechtigkeit“ fordern aus diesem Grund neue Entwicklungsstrategien für den Osten und für Gesamtdeutschland. Sie berufen sich dabei auf den Artikel 72 des Grundgesetzes, in dem die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ innerhalb Deutschlands gefordert wird. Dazu wollen sie konkrete kirchliche und politische Initiativen anstoßen.

Wir haben einen der Autoren und Herausgeber des „Jahrbuchs Gerechtigkeit“ zu unserem heutigen Filmgespräch eingeladen und freuen uns, dass er gekommen ist: Dr. Wolfgang Schürger. Wolfgang Schürger ist evangelischer Kirchenrat in München, Referent für gesellschaftsbezogene Aufgaben bei der evangelischen Landeskirche und Privatdozent an der Augustana-Hochschule Neuendettelsau. Er hat sich intensiv mit der Theologie der Befreiung und ihren Impulsen auf Europa beschäftigt.

Aktuelle Termine AGENDA-21-Kino und AK Lebensstile/Eine Welt bei

<http://www.herrsching.de/index.php?showKatalog=1&katalogID=180&MttgSession=dd9f6137a8971be9d19e03644a698d07>

Adresse: c/o Indienhilfe e.V. (Kontakt: Elisabeth Kreuz), Luitpoldstr. 20, 82211 Herrsching, 08152-1231
email@indienhilfe-herrsching.de, www.indienhilfe-herrsching.de